



1. Vernetzungstreffen Demokratie leben! in Berlin Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit am 01.10.2015

Veranstaltungsdokumentation zum Kick-Off des Landesdemokratiezentrums Berlin



Inhalt

Vorwort	3
Begrüßung durch die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen	4
Vorstellung des Berliner Landesdemokratiezentrums für Vielfalt und Respekt	5
Vorstellung der Vernetzungsarbeit der Partnerschaften für Demokratie in Berlin	7
Marktplatz I: Infobörse und Austausch über Vernetzungsperspektiven	8
Ergebnisse der Arbeitsgruppen	10
• AG 1: Angebote und Ansätze der Salafismusprävention in Berlin	11
• AG 2: Schule und Lehrer_innen als Zielgruppe der Arbeit	14
• AG 3: Geflüchtete in Berlin – Was macht das Thema mit unserer Arbeit?	15
Informationen zum Thema	17
Anhang	18
Impressum	19

Vorwort

Beim ersten Vernetzungstreffen des Berliner Landesdemokratiezentrum für Vielfalt und Respekt am 01.10.2015 kamen über 100 Teilnehmende aus über 50 Projekten und Einrichtungen sowie aus verschiedenen Senats- und Bezirksverwaltungen zusammen. Bei diesem Treffen wurden lokale, regionale und landesweite Projekte und Akteur_innen zusammengebracht, die sich für gelebte Demokratie und Menschenrechte engagieren und sich gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Homo- und Trans*phobie, Antiziganismus/Rassismus gegen Roma und Sinti sowie gegen gewaltbereiten Islamismus einsetzen.

Eingeladen waren alle Projekte und Initiativen, die im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ in Berlin aktiv sind. Darüber hinaus nahmen Projekte, des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus an der Veranstaltung teil. Ebenso waren landesgeförderte Projekte aus dem Schnittfeld der Arbeit gegen Homo- und Trans*phobie und Rassismus beteiligt.

Das Vernetzungstreffen bot ein Forum des Kennenlernens sowie des fachlichen Austauschs und entwickelte Arbeitsschwerpunkte und Perspektiven der Vernetzung und der Kooperation im Land Berlin.

Das Berliner Landesdemokratiezentrum für Vielfalt und Respekt wurde im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Jugend und Frauen eingerichtet. Angesiedelt ist es in der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, der Senatsverwaltung Arbeit, Integration und Frauen.

Begrüßung durch die Berliner Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen

Marlene Kölling, stellvertretende Leiterin der Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (LADS)

Sehr geehrte Anwesende, Liebe Teilnehmende dieser Veranstaltung,

es freut mich, Sie hier und heute im Namen der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen und insbesondere im Namen der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung begrüßen zu dürfen.

Der aktive Austausch und die Vernetzung der Berliner Projekte und Initiativen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ ist für die Präventionsarbeit und die Förderung einer Demokratischen Kultur in Berlin von ganz besonderer Bedeutung.

Durch das Landesdemokratiezentrum für Vielfalt und Respekt hat das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ ein Zuhause in den Strukturen der LADS gefunden. Damit können das Bundesprogramm und die LADS in der Förderung demokratischer Strukturen, der Etablierung einer Kultur der Wertschätzung von Vielfalt und gegen Diskriminierung sowie der Begegnung Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zukünftig noch stärker an einem Strang ziehen.

Für die LADS steht die Arbeit für Gleichbehandlung gegen die verschiedensten Formen von Diskriminierung – von der Benachteiligung bis hin zur physischen Gewalt – im Fokus. Durch das Landesdemokratiezentrum wird das Handlungsfeld der Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus sowie Homo- und Trans*phobie in der LADS weiter ausgebaut. Vielen von Ihnen ist die Arbeit des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus bekannt, ebenso wie die Aktivitäten des Fachbereichs LSBT*I und der Initiative Akzeptanz sexueller Vielfalt.

Berlin zeichnet sich durch eine besonders engagierte und aktive Zivilgesellschaft aus, die sich gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Demokratieförderung einsetzt. In der Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, dem Bund und dem Land Berlin hat sich eine Antidiskriminierungs- und Antigewalt-Infrastruktur entwickelt, die Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in ihren verschiedensten Erscheinungsformen spezifisch begegnen kann. Viele der aktiven Expert_innen aus Bundes- wie Landesprogramm geförderten Berliner Projekten sind hier heute versammelt. Die Vernetzung und der Austausch der Beteiligten untereinander bilden ein wesentliches Moment für den erfolgreichen Aufbau wie auch für die Weiterentwicklung dieser Infrastruktur.

Mit dem Landesdemokratiezentrum geht diese Vernetzung im Land Berlin in eine neue Runde. Diese heutige Auftaktveranstaltung eröffnet ein Forum, in dem sich „alte“ und „neue“ Aktive kennenlernen können und in dem verschiedene Projekte und Ansätze vorgestellt werden. Die heutige Veranstaltung dient dazu, Anforderungen und Bedarfe an zukünftige Vernetzungen neu aufzuwerfen und zu klären. Mit dem Landesdemokratiezentrum hat die LADS die Koordination der Vernetzung und die Unterstützung eines Fachaustauschs unter den Beteiligten übernommen. Nutzen Sie diese koordinierende und unterstützende Rolle der LADS!

Ich wünsche Ihnen ein erfolgreiches und anregendes Vernetzungstreffen und bin sehr gespannt auf die Ergebnisse des heutigen Tages.

Vorstellung des Berliner Demokratiezentrum für Vielfalt und Respekt

Stanislawa Paulus, Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen

Liebe Teilnehmende,

mit dem heutigen Vernetzungstreffen startet das Berliner Landesdemokratiezentrum eine seiner zentralen Aktivitäten: die Weiterentwicklung der Vernetzung der im Land Berlin aktiven Projekte, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Trans*- und Homophobie, Antiziganismus/ Rassismus gegen Roma und Sinti, sowie in der Prävention von gewaltbereitem Islamismus engagieren. Kurz gesagt: Es geht um die Vernetzung derjenigen Projekte, die sich präventiv und interventiv gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und für Demokratieförderung einsetzen.

Aufgaben und Aktivitäten des Landesdemokratiezentrum

1. Sicherstellung von Beratungsangeboten

Zu den Aufgaben des Landesdemokratiezentrum zählt die Sicherstellung und qualitative Weiterentwicklung von Angeboten der Mobilen Beratung, der Beratung von Opfern rechter Gewalt, der Ausstiegsberatung sowie der Beratung von pädagogischem Fachpersonal zur Islamismusprävention.

2. Vernetzung weiterentwickeln, Fachaustausch vertiefen

Die Vernetzungsaktivitäten des Landesdemokratiezentrum sind darauf ausgerichtet, die Reichweite und Nachhaltigkeit der Prävention von und Intervention gegen Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Gewalt in Berlin zu stärken.

Hierfür koordiniert das Landesdemokratiezentrum die Vernetzung aller in Berlin ansässigen Projekte, die durch das Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert werden. Dies sind über 70 Projekte.

Hierzu zählen

- o.g. Projekte der Beratung,
- Modellprojekte und strukturgeförderte Projekte des Bundesprogramms,
- 14 Partnerschaften für Demokratie.

Darüber hinaus werden folgende Projekte und Akteur_innen in die Vernetzung einbezogen:

- Projekte des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus,
- Projekte im Schnittfeld von Homo- und Trans*phobie und Rassismus,
- weitere Projekte und Institutionen, die im Interventionsfeld der GMF wichtige Arbeit leisten.

Regelmäßige Vernetzungstreffen aller Beteiligten

Die Vernetzungstreffen des Landesdemokratiezentrum finden zweimal jährlich statt. Hier können alle Beteiligten miteinander in den Fachaustausch treten. In Rückkoppelung mit den Projekten organisiert das Landesdemokratiezentrum diese Vernetzungstreffen mit thematischen Schwerpunkten und Fachforen.

Vernetzung der Partnerschaften für Demokratie

In enger Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft und in Kooperation mit der Jugend- und Familienstiftung Berlin werden jährlich 3 bis 4 Vernetzungstreffen der bezirklichen Partnerschaften für Demokratie durchgeführt.

3. Zusammenarbeit von Landesdemokratiezentrum und Berliner Beratungsnetzwerk

Durch seine Ansiedelung an der LADS, befindet sich das Landesdemokratiezentrum in unmittelbarer ‚Nachbarschaft‘ zum Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, mit dem eine enge Zusammenarbeit besteht. Das Demokratiezentrum richtet seine Aktivitäten vor allem auf die Vernetzung der Zivilgesellschaft und deren Fachaustausch untereinander. Das Berliner Beratungsnetzwerk des Landesprogramms bleibt bestehen und wird zunehmend als Fachnetzwerk zur Beratung von Präventionsansätzen und zur Erörterung von neuen Herausforderungen im Problemfeld GMF profiliert. Es übernimmt zudem eine beratende Funktion für den Berliner Senat.

4. Das Landesdemokratiezentrum als Koordinierungs- und Anlaufstelle

Damit wir treffende Angebote des Fachaustauschs und der Vernetzung für die Projekte ausloten können, ist ein beständiger Austausch mit Ihnen wichtig. Wir verstehen uns zugleich als offene Anlaufstelle. Sie können mit Ihren Vernetzungsanliegen und Bedarfen des Fachaustauschs an uns herantreten. Je konkreter wir Hinweise darauf bekommen, welche Unterstützungsbedarfe bestehen, desto besser können wir Fachaustausch und Vernetzung gestalten.

Vorstellung der Vernetzungsarbeit der Partnerschaften für Demokratie in Berlin

Norbert Poppe, Jugend- und Familienstiftung Berlin

Norbert Poppe koordiniert und leitet die Vernetzungstreffen der Berliner Partnerschaften für Demokratie. Diese Koordination geschieht im Auftrag des Landesdemokratiezentrums und in enger Kooperation mit der Senatsverwaltung für Bildung und Jugend.

Das Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ zielt darauf, ziviles Engagement und demokratisches Verhalten auf kommunaler, regionaler und überregionaler Ebene zu fördern. Eine wirksame Arbeit gegen demokratiegefährdende gesellschaftliche Entwicklungen muss an den konkreten Problemen und Bedürfnissen vor Ort ansetzen. Bei dieser Aufgabe nehmen die Partnerschaften für Demokratie eine wichtige Rolle ein.

Aktuell gibt es im Land Berlin 14 lokale Partnerschaften für Demokratie in neun Bezirken. Dies sind:

- Partnerschaft für Demokratie Charlottenburg-Wilmersdorf
- Partnerschaft für Demokratie Friedrichshain-Kreuzberg
- Partnerschaft für Demokratie Hellersdorf
- Partnerschaft für Demokratie Hohenschönhausen
- Partnerschaft für Demokratie Lichtenberg
- Partnerschaft für Demokratie Marzahn
- Partnerschaft für Demokratie Mitte-Moabit
- Partnerschaft für Demokratie Mitte-Wedding/Brunnenstraße
- Partnerschaft für Demokratie Neukölln
- Partnerschaft für Demokratie Pankow Süd
- Partnerschaft für Demokratie Reinickendorf
- Partnerschaft für Demokratie Schöneweide
- Partnerschaft für Demokratie Treptow-Köpenick

Für die beschriebenen Fördergebiete gibt es je ein federführendes Amt und eine Koordinierungs- und Fachstelle, die sich um die Umsetzung kümmert.

Für die inhaltliche Ausrichtung werden verschiedene, an den Themen interessierte Akteure aus dem Bezirk in einem begleitenden Ausschuss zusammengebracht und vernetzt. Dieser entscheidet über die Schwerpunktarbeit, die durch einen eigenen Aktions- und Initiativfonds finanziert wird. Auch werden in jedem Fördergebiet besondere Maßnahmen zur Beteiligung und Aktivierung von Jugendlichen umgesetzt. Das geschieht in jedem Fördergebiet entsprechend der lokalen Situation anders.

Die jeweiligen Schwerpunktsetzungen, Förderaktivitäten und Ansprechpartner_innen der Berliner Partnerschaften für Demokratie können im Internet eingesehen werden unter:

<http://stark-gemacht.de/de/demokratieleben/pfdberlin.php>.

Marktplatz I: Infobörse und Austausch über Vernetzungsperspektiven

Tischbesetzung der Infobörse:

Diskriminierung in Kita, Schule und Jugendbildung

- Projekt/Träger: Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland
- Projekt: KiDs - Kinder vor Diskriminierung schützen, Träger: Fachstelle Kinderwelten
- Projekt: Schule ohne Rassismus-Schule mit Courage, Träger: Aktion Courage e.V.
- Projekt: All included – Sexuelle Vielfalt in Museum und Schule, Träger: Jugend Museum Schöneberg

*Homo- und Trans*phobie*

- Projekt: Diversity Box – Ein Projekt zur Akzeptanz und Anerkennung von sexueller Vielfalt, Träger: Archiv der Jugendkulturen e.V.
- Projekt: LesMigraS, Träger: Lesbenberatung Berlin e.V.
- Projekt: MSO inklusiv, Träger: Migrationsrat Berlin Brandenburg mrbb

Islamismus/Salafismusprävention und Deradikalisierung

- Projekt: Protest, Provokation und Propaganda. Fortbildungen, Beratungen und Begleitungen von pädagogischen Fachkräften in der Islamisierungsprävention, Träger: Ufuq e.V.
- Projekt: Beratungsstelle Kompass, Träger: Violence Prevention Network e.V.
- Projekt Bahira, Träger: Violence Prevention Network e.V.
- Projekt Maxime Berlin, Träger: Violence Prevention Network e.V.
- Projekt: Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus, Träger: KlGA e.V.

Antimuslimischer Rassismus/Empowerment

- Projekt: Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit, Träger: Inssan e.V.
- Projekt: „WIR HIER!“ – Kein Platz für Muslimfeindlichkeit in Europa – Migrant*innenorganisation im Dialog, Träger: La Red – Vernetzung und Integration e.V.
- Projekt: E-Crew: Bring dich ein, hinterlasse Spuren und schreibe Geschichte, Träger: Young Voices TGD

Partnerschaften für Demokratie

- verschiedene Bezirke

Registerstellen

- verschiedener Bezirke

Geflüchtete

- Projekt: Berliner Projektfonds Kulturelle Bildung/Interventionen – Refugees in Art & Education, Träger: Kulturprojekte Berlin

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus

- Projekt: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), Träger: VDK e.V.

Opferberatung und Bildungsarbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus

- Projekt: Reach Out, Träger: Ariba e.V.

Rechtsextremismusprävention

- Projekt: Hör mir zu – OSZ für Demokratie und Vielfalt, Träger: DEVI e.V. – Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und Beruflicher Bildung

Deradikalisierung rechts

- Projekt: ElternStärken, Träger: Pad gGmbH
- Projekt: Jub – Jugendkulturelle Bildung für Menschenrechte und demokratische Teilhabe, Träger: cultures interactive e.V.
- Projekt: Crossroads, Träger: Violence Prevention Network e.V.
- Projekt: „Es ist deine Kampagne – (Inter)aktiv für eine lebendige Demokratie“, Träger: Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein

Rassismus gegen Roma und Sinti

- Projekt: Dokumentation von antiziganistisch motivierten Vorfällen, Träger: Amaro Foro e.V.
- Projekt: Projektbereich Interkulturalität, Träger: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.
- Projekt: Romani Phen, Träger: Via e.V.
- Projekt: Antiziganismus erkennen, benennen, entgegenwirken, Träger: Alte Feuerwache – Jugendbildungsstätte Kaubstraße

Antisemitismus

- Projekt: Anders Denken, Politische Bildung gegen Antisemitismus, Träger: KlGA e.V.
- Projekt: Ju:an – antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit, Träger: Amadeo Antonio Stiftung
- Projekt: Vorurteile abbauen, Antisemitismus bekämpfen, Träger: Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus
- Projekt: Demokratie stärken – Antisemitismus bekämpfen, Träger: Mideast Freedom Forum e.V. Berlin

Mobile Beratung - Stiftung SPI

- Projekt: Mobiles Beratungsteam >Ostkreuz< für Demokratieentwicklung, Menschenrechte und Integration, Träger: Stiftung Sozialpädagogisches Institut-Walter May-(Stiftung SPI)
- Projekt : BBS Annedore, Träger: Stiftung Sozialpädagogisches Institut-Walter May-(Stiftung SPI)

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

• AG 1: Angebote und Ansätze der Salafismusprävention in Berlin

Im Rahmen der AG „Angebote und Ansätze der Salafismusprävention in Berlin“ stellten die Träger Ufuq e.V., KlGA e.V. sowie das Violence Prevention Network e.V. und die Şehitlik Moschee ihre Ansätze der Arbeit vor. Moderation: Serdar Yazar

Das Projekt ‚Protest, Provokation und Propaganda – Fortbildungen, Begleitungen und Beratungen für pädagogische Fachkräfte in der Islamismusprävention‘ des Trägers Ufuq e.V.

Hintergrund

Angesichts der polarisierten Debatten um den Islam und Muslim_innen in Deutschland und der Auswirkungen der Konflikte in Syrien und Irak stehen pädagogische Fachkräfte vor der Herausforderung, in ihrer Arbeit zunehmend auch religiöse Fragen und Interessen aufzugreifen und Handlungsmöglichkeiten im Umgang mit den Themen Islam, Islamfeindlichkeit und Islamismus zu entwickeln. Im Kontext dieser Debatten rückte die Religiosität junger Muslim_innen in den vergangenen Jahren in den Mittelpunkt, was nicht selten von türkei- oder arabischstämmigen Jugendlichen mit demonstrativen und trotzigem Bekenntnissen zum Islam erwidert wurde („Je suis Muslim!“). Dieser Wunsch nach Protest und Provokation bildet eine wichtige Grundlage für salafistische Agitationen, die die Suche nach Orientierung und Gemeinschaft von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aufgreifen, um für ein demokratie- und freiheitsfeindliches Verständnis des Islams zu werben.

Ziele und Angebote

Das Projekt beinhaltet (a) die Aus- und Fortbildung von Fachkräften der schulischen und außerschulischen Bildung mit dem Ziel einer mittel- und langfristigen Verankerung allgemein-präventiver Ansätze in der Bildungsarbeit zu den Themen Islam, Islamfeindschaft und Islamismus. Die Fortbildungen fördern Kompetenzen und vermitteln Methoden zum Empowerment und zur Stärkung muslimischer wie nichtmuslimischer Jugendlicher in ihren sozialen, Urteils- und Handlungsfähigkeiten insbesondere im Umgang mit kulturellen und religiösen Unterschieden. Im Mittelpunkt steht das Interesse, möglichen Entfremdungserfahrungen und desintegrativen und gewaltfördernden Entwicklungen vorzubeugen und antimuslimischen Ressentiments und Vorbehalten entgegenzuwirken. Dabei zielen die Fortbildungen auch darauf, Fachkräfte zur Reflexion über eigene Perspektiven auf die Themen Islam, Religiosität und Identität anzuregen und damit eine Anerkennung muslimischer Biographien und Religiositäten zu fördern.

Das Projekt bietet zudem (b) eine kontinuierliche Beratung und Begleitung von Fachkräften. Ziel ist es, prozessbegleitend und bedarfsorientiert situationsbezogene Informationen aufzubereiten, implementierte Ansätze weiterzuentwickeln und nachhaltige Projektformate (z.B. in Form von Workshops, Projekttag, AGs, Exkursionen) zu initiieren. Angesichts eines deutlich gestiegenen Fortbildungs- und Beratungsbedarfs im Grundschul- und Kindergartenbereich werden im Rahmen des Projektes auch Angebote für Fachkräfte im Elementar- und Primarbereich entwickelt.

Das Projekt ‚Maxime Berlin‘ des Trägers Violence Prevention Network e.V.

Das Projekt MAXIME Berlin des Violence Prevention Network ist ein interkulturelles und interreligiöses Präventionsprojekt zur Toleranz- und Demokratieentwicklung mit dem Ziel, einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in Berlin zu leisten. Hauptziele der Arbeit sind die Verhinderung von weiterer Desintegration und Radikalisierung bei gefährdeten jungen Menschen, die Stärkung des Verantwortungsbewusstseins und die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe sowie die Kompetenzerweiterung. Ein weiteres Arbeitsgebiet ist die Aktivierung und Professionalisierung der Institutionen und Mitarbeiter_innen von Polizei, Verwaltung, Schule und Jugendhilfe.

Arbeitsschwerpunkte

Die Arbeitsschwerpunkte von Maxime Berlin liegen in den Bereichen MultiplikatorInnenfortbildungen, Workshops ab der 9. Klasse zu den Themen Islam, Interreligiosität und Nahost-Konflikt und Anti-Gewalt- und Kompetenz-Trainings AKT®. In der Regel führen wir unsere Seminare im Tandem durch, wobei eine_r der Trainer_innen muslimischen Glaubens ist, was den Zugang zu den Schüler_innen erleichtert und Vertrauen schafft.

Multiplikator_innenfortbildung: Das übergreifende Ziel der Multiplikator_innenfortbildung „Umgang mit Radikalisierung und religiös begründetem Extremismus in Schule und Jugendhilfe“ besteht in der Vermittlung der Fähigkeit, extremistische Argumentationsweisen zu erkennen und mögliche Strategien zur Auflösung dieser Argumentationsweisen zu entwickeln.

Workshops zum Thema Islam: Im Rahmen eines Workshops zum Thema Islam treffen wir bei jungen Muslimen und Musliminnen oft auf das Gefühl, nicht Teil der (Mehrheits-)Gesellschaft zu sein. Tatsächliche und gefühlte Diskriminierung, Perspektivlosigkeit und rudimentäre religiöse Kenntnisse können bei ihnen zur Entstehung von Vorurteilen führen. Unsere Trainer_innen sind als praktizierende Muslime für die Jugendlichen authentische Vorbilder. Sie stehen für ein demokratisches Verständnis von Religion und präsentieren den Jugendlichen eine Alternative zu radikalen Weltbildern.

Das Anti-Gewalt- und Kompetenz-Training (AKT®): Das Anti-Gewalt- und Kompetenz-Training (AKT®) wird als Einzeltraining und als Gruppentraining angeboten. Es stellt eine Hilfe für gefährdete Jugendliche mit muslimischem Hintergrund dar und soll weitere Radikalisierungen und Gewaltkarrieren verhindern. Sie sollen dazu befähigt werden, auf vorurteilsmotivierte Begründungszusammenhänge zu verzichten und sich von den verführerischen „Szenen“ und Subkulturen zu distanzieren.

Das Projekt BAHIRA Beratungsstelle der Şehitlik Moschee und des Violence Prevention Networks e.V.

BAHIRA ist ein Kooperationsprojekt von Violence Prevention Network, dem Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) sowie der DITIB-Şehitlik Türkisch-Islamischen Gemeinde zu Neukölln e.V. Die Şehitlik Moschee hat sich in den letzten Jahren zu einem zentralen Anlaufpunkt für unterschiedliche Institutionen und gesellschaftliche Akteur_innen entwickelt. Sie bietet Seminare, Workshops, Führungen und Vorträge in den Bereichen Jugend und Frauenarbeit sowie Prävention an. Zugleich lernen muslimische Jugendliche in der Moschee ihre Religion kennen, werden dazu angeregt, ihr religiöses Wissen zu reflektieren und erhalten ein friedliches und tolerantes Verständnis vom Islam. Innerhalb der Şehitlik Moschee und darüber hinaus trägt BAHIRA zur Sensibilisierung und Qualifizierung von Moscheegemeinden zum Thema Radikalisierungsprävention bei. Zugleich beabsichtigt BAHIRA, die Moscheegemeinden als Orte und als „Anbieterinnen“ von Radikalisierungsprävention zu etablieren.

Ziele von Bahira

- Die Entwicklung von spezifischen Qualifizierungs- und Sensibilisierungsangeboten mit und für Mitglieder der Moscheegemeinden, Schulungen und Beratung für Multiplikator_innen
- Implementierung der direkten Interventions- und Beratungsarbeit innerhalb einer Moscheegemeinde
- Durchführung von Veranstaltungen und Anfertigung von Publikationen zur Initiierung eines Diskurses bzgl. der Rolle der Moscheegemeinden innerhalb der Radikalisierungsprävention

Zielgruppen

- Jugendliche und junge Erwachsene, die erkennbar einem Radikalisierungsprozess im Kontext eines islamisch begründeten Extremismus unterliegen und noch keine Ausstiegsmotivation formulieren
- Junge Menschen, die sich von der extremistischen Szene distanzieren wollen
- Angehörige und Unterstützer_innen von ausstiegs- und distanzierungswilligen Jugendlichen und jungen Erwachsenen
- Gemeindemitglieder (Multiplikator_innen) der Şehitlik Moschee und anderer Moscheegemeinden in Berlin

Ergebnisse der Diskussion:

Zielgruppenproblematik

Zu Beginn der Diskussion wurde die Frage gestellt, inwieweit Ansätze zur Salafismusprävention Gefahr laufen, Stigmatisierungen von Jugendlichen mit muslimischem Hintergrund zu reproduzieren. Betroffene, bzw. angesprochene Jugendliche mit muslimischem Hintergrund reagieren hierauf sehr sensibel. Aufgrund vielfältiger Erfahrungen mit Islamfeindlichkeit, befürchten viele Jugendliche, dass mit der gezielten Thematisierung islamischer Religion eine Kritik und eine Abwertung einhergingen. Das führt häufig zu einer ablehnenden Haltung. Jugendliche stellen sich die Frage, warum gerade sie als Gruppe oder Klasse angesprochen werden. Um eine Offenheit zu schaffen, müssen Präventionsansätze ihre eigenen Ausgangspunkte und ihre Ansprachen von Jugendlichen selbstkritisch reflektieren.

Thematisierung von Diskriminierungserfahrungen

Um Jugendliche zu erreichen müssen deren Erfahrungen mit Diskriminierungen und Ungleichheitsideologien (z.B. antimuslimischer Rassismus und Antisemitismus) thematisiert werden. Wichtig ist hierbei auch die (heterogene) Konstellation von Trainer_innenteams, zu denen selbstverständlich muslimische Teamer_innen gehören müssen. In diesem Kontext wurden die Vor- und Nachteile der Darstellung von Lebenswirklichkeiten als Ansatz in der Präventions- als auch Interventionsarbeit diskutiert. Diese Arbeitsweise sei gut geeignet, um Berührungspunkte abzubauen. Gleichzeitig berge sie die Gefahr, Stereotype zu reproduzieren.

Theologische und allgemein wertebasierte Ansätze

Die vorgestellten Ansätze der Salafismusprävention unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Herangehensweisen. Während die BAHIRA Beratungsstelle und das Projekt Maxime Berlin teleologisch basiert arbeiten, verfolgen die Träger KlgA e.V. und Ufuq e.V. Ansätze, denen eine allgemein wertebasierte Perspektive zugrunde liegt. Es wurde intensiv diskutiert, wie theologiebasiert eine Salafismusprävention sein sollte und wie die Lebenswirklichkeiten von Islam, Judentum und anderen Religionen zu thematisieren wären.

Zum Abschluss des Workshop wurde der Bedarf nach einer weiteren Vernetzung von Projekten der Präventionsarbeit benannt sowie ein weitergehender Austausch zu Ansätzen in der Arbeit gegen antimuslimischen Rassismus. Dabei sollte der Fokus nicht nur auf Präventions- sondern auch auf Interventionsansätze gelegt werden.

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

• AG 2: : Schule und Lehrer_innen als Zielgruppe der Arbeit

Fragestellung:

Wie können Lehrkräfte für Problematik der GMF sensibilisiert werden?

Was wird schon getan? Was für Projekte, Arbeiten gibt es bereits in diesem Bereich?

Schlussfolgerungen:

- analytischer Blick auf Problematik hilfreich
- Lehrkräfte müssen sich Problematik bewusst werden
- Unterstützung/Handlungsbefähigung problembewusster Lehrkräfte
- Welche Motivationen haben Lehrkräfte? Wo kann angeknüpft werden?

Was wird vom Landesdemokratiezentrum gefordert:

- Informationen/Dokumentation: Wer macht was (evtl Online-Profile)?
- potentielle Vermittlungsrolle für interessierte Lehrkräfte, als auch interessierte Projekte
- Weitere Vernetzungstreffen zu Querschnittsthemen z.B.:
Vernetzung von Initiativen zu GMF an Schulen/Zusammenarbeit mit Lehrkräften und Rahmen für Expert_innen im Feld
- Ringvorlesung: Vorstellung verschiedener Projekte und ihrer Arbeitsfelder
- Vorstellung von Best-Practice Beispielen

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

• AG 3: Geflüchtete in Berlin - Was macht das Thema mit unserer Arbeit?

Ein sehr aktuelles Thema, mit dem sich die Teilnehmer_innen der Veranstaltung beschäftigten, ist die Situation geflüchteter Menschen in Berlin. Im Rahmen der AG „Geflüchtete in Berlin - Was macht das Thema mit unserer Arbeit?“ wurden Herausforderung und Bedarfe besprochen mit denen sich die Teilnehmer_innen der AG aktuell in ihrem Arbeitsalltag konfrontiert sehen.

Eine herausragende Problematik, ist die Koordination von ehrenamtlichen Engagement und Hilfsangeboten. Aufgrund mangelnder personeller und finanzieller Ressourcen gestaltet sich diese schwierig. Weiterhin befürchten die Teilnehmenden, dass das Engagement brüchig wird, wenn die Finanzierung nicht ausreicht, bzw. wenn die Ehrenamtlichen nicht die positiven Erfahrungen sammeln, die diese sich erhoffen. Hier besteht für die AG-Teilnehmenden die Gefahr, dass das Engagement in Frust umschlagen könne. Auch die professionellen, bezahlten Mitarbeitenden der Projekte stoßen Berichten zufolge an ihre Grenzen und sind überfordert. Fehlende Ressourcen und eine fehlende Vernetzung verstärken dies. Weiterhin führt die Vervielfachung von Aktiven zu einer Unübersichtlichkeit von Angeboten.

Eine weitere Herausforderung sahen die AG-Teilnehmenden darin, dass in einigen Kiezen in denen eine relativ homogene Bevölkerungsstruktur anzutreffen ist, rassistische Ressentiments besonders verbreitet seien. Außerdem ist die Zivilgesellschaft teilweise mit den Konflikten rund um Unterkünfte überfordert. Es kommt zu zunehmenden Bedrohungen von Unterstützer_innen. Dies stellt die Mitarbeitenden vor die Frage, wie mit vermehrt rassistischen Reaktionen umzugehen ist. Es bestünde weiterhin das Problem, dass das Umfeld die geflüchteten Menschen kategorisiere und hierarchisiere. Die Bedürftigkeit wird der Geflüchteten unterschiedlich bewertet.

Von einigen Projektverantwortlichen wurde darauf hingewiesen, dass nicht alle Aufgaben durch ehrenamtliches Engagement übernommen werden können. Ehrenamtliche besäßen nicht die nötige Kompetenz, die für fachlich fundierte Herangehensweisen und nachhaltigen Perspektiven in der Arbeit mit Geflüchteten gebraucht werden.

Weiterhin sehen die Teilnehmer_innen einen zu starken Fokus in der Arbeit in Schule und Kita. Um das Ziel der Integration von Geflüchteten zu erreichen müsse auf verschiedene Handlungsfelder geschaut werden. In vielen Bereichen müsste vermehrt qualifiziertes Personal eingestellt werden. Wenngleich auch in Zukunft das Hauptaugenmerk auf der Unterstützung von Geflüchteten und der dazugehörigen Aufklärungs- und Antirassismusbearbeitung liegen muss, sollten andere wichtige Themen und Arbeiten nicht vernachlässigt werden – hierfür fehlten jedoch insgesamt personelle und finanzielle Ressourcen. In der Diskussion kristallisierte sich heraus, dass derzeit eine große Überforderung der Akteur_innen besteht.

Zur Verbesserung der aktuellen Lage würde nach Ansicht der Akteur_innen eine Übersicht über Aktive und Hilfsangebote in Berlin führen. Ein logistischer Unterbau wäre für sie wünschenswert. Dieser würde dann beispielsweise folgende Dinge enthalten:

- einen Pool von Sprachmittler_innen,
- eine Datenbank/ein Internetportal zur Übersicht über Akteur_innen und deren Arbeitsfelder/Angebote,
- eine Übersicht über Fortbildungsangebote,
- eine Wissensdatenbank zum Themenkomplex.

Insgesamt wird weiterhin ein hoher Fortbildungsbedarf rund um das Thema der Arbeit mit geflüchteten Menschen gesehen. Im Detail wird Fortbildungsbedarf zu den folgenden Punkten gesehen:

- Arbeit mit geflüchteten Familien,
- Umgang mit rassistischen Reaktionen/Vorurteilen,
- Asylrechtsfragen,
- Umgang mit Kriegstraumata.

Übergreifende Ansatzpunkte könnten weiterhin „Train the Trainer“ Konzepte sein. Darüber hinaus sollte das Erlangen notwendiger Kompetenzen zur Arbeit mit Geflüchteten in die Ausbildung von Sozialarbeiter_innen und Sozialpädagog_innen integriert werden.

Die AG Teilnehmer_innen wünschen sich zudem eine Beteiligung der Geflüchteten, um eine Unterstützung auf Augenhöhe zu garantieren. In einen Dialog miteinander zu treten, und Inklusion voranzutreiben, ist unser aller Aufgabe, so die AG-Teilnehmenden. Das Problem liege hier in einer Schieflage der Projektfinanzierungen, welche mehrheitsgesellschaftliche Träger öfter unterstützen. Es wurde z.B. vorgeschlagen, ein Forum zu gründen in dem geflüchtete Menschen zusammen ein Konzept entwickeln. In Pankow gäbe es hierfür mit dem „Café ohne Grenzen“ bereits ein Erfolgsmodell, um Austausch und Begegnung zu fördern.

Über allem stehen für die Akteur_innen eine gute Vernetzung der Aktiven und deren Expertise, wie auch ein weiteres Vorantreiben des Fachaustauschs. Dieser Austausch benötigt jedoch eine gute Strukturierung, und solle am besten die Selbstorganisationen der Geflüchteten einbeziehen. Anzustreben ist ein selbstkritischer Blick auf die eigene Arbeit. Es wird die Schaffung von Raum für einen Metaaustausch vorgeschlagen, in dem über Themen der Inklusion, der nichtdiskriminierenden Arbeit auf Augenhöhe und der Antirassismuserbeit, reflektiert werden könnte und in dem zugleich Maßnahmen und Konzepte entwickelt werden könnten. Erwartet wird von den Teilnehmer_innen weiterhin eine Verschlankung der vielen Projekte.

Im Erfahrungsaustausch wurde weiterhin besprochen, dass sich in Pankow beispielsweise die Einrichtung einer 24-Stunden Stelle zur Beantwortung von Emails und Anrufen positiv bewährt hat. Weiterhin soll es eine Vernetzung von Psycholog_innen, Sozialarbeiter_innen und Politiker_innen geben. Die Fachstelle Kinderwelten erforsche derzeit die Lebenssituation von Kindern von 0-8 Jahren in den Unterkünften.

Insgesamt sollen den Teilnehmenden der AG nach folgende Forderungen und Ansätze in Bezug auf die Vernetzungsarbeit gestärkt werden:

- Teilen von Ressourcen,
- Vernetzung schaffen,
- Überlegen, welche Akteur_innen noch eingeladen werden könnten (auch politische Organisationen wie „The Voice“),
- Multiplikator_innen Mittel in die Hand geben, damit mehr Fortbildungen weitergetragen werden, geflüchtete Menschen fürs Erstinterviews stark machen,
- Landesdemokratiezentrum soll Übersicht über Fortbildungsangebot, bzw. eine Wissensdatenbank erstellen,
- politische Entscheidungsträger_innen sollten zu Vernetzungstreffen eingeladen werden, aber auch Migrant_innen- oder Geflüchtetenelbstorganisationen.

Informationen zum Thema

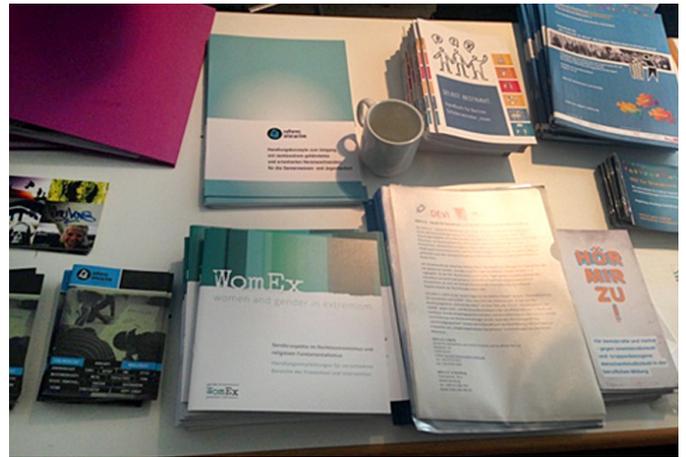
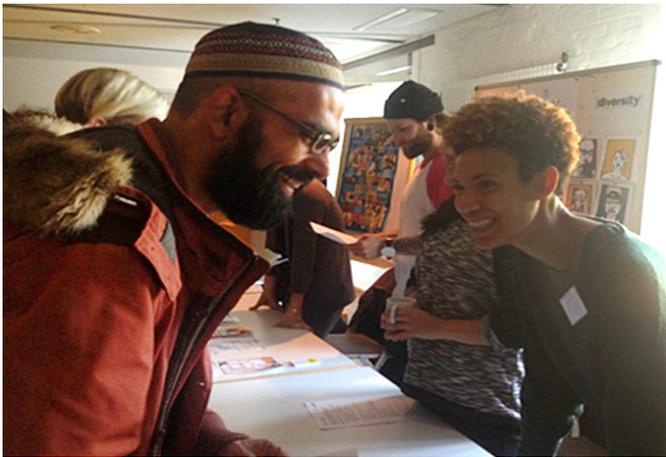
Seminarreihe „Migration – Flucht – Asyl“

Die Alice Salomon Hochschule beschäftigt sich in besonderer Weise mit den Themen Migration-Flucht und Asyl. Ein Bestandteil davon ist der Ausbau der Angebote im Zentrum für Weiterbildung, die sich mit diesen Themen beschäftigen. Aus diesem Grunde hat die ASH unter dem Titel „Migration-Flucht-Asyl“ eine Seminarreihe ins Leben gerufen, die regelmäßig um weitere Angebote und Seminare ergänzt wird. Diese können auch als Inhouse Seminare für Einrichtungen gebucht werden:

<http://www.ash-berlin.eu/weiterbildung/migration-flucht-asyl/>

Anhang

Fotos der Veranstaltung:



Impressum

Herausgeberin:

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung
Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung, LADS
Salzburger Straße 21-25, 10826 Berlin

Bis 2016 war die LADS bei der Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen angesiedelt.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

V.i.S.d.P:

Pressestelle der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung

Bildnachweis für alle Fotos:

LADS

Redaktion:

Birgitt Wählisch

Gestaltung:

Anke Treichel

Berlin, 2017

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Landes Berlin. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zu Werbezwecken für politische Parteien verwendet werden. Sie kann kostenlos als pdf-Datei über <http://www.berlin.de/sen/lads/schwerpunkte/rechtsextremismus-rassismus-antisemitismus/landesdemokratiezentrum/> bezogen werden.